

11.09.2006

GRÜNE fordern neue Struktur für Lebensmittelkontrolle

Eine neue Struktur der Lebensmittelkontrolle fordert die Landtagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Hessischen Landtag nach dem jüngsten Gammelfleischskandal. "Das Kontrollsystem hinkt 30 Jahre hinterher. Die Zeiten der Tante-Emma-Läden und Hausmetzgereien sind vorbei, aber die kleinen Unternehmen werden wesentlich intensiver kontrolliert als die Großen der Branche. Auf den globalisierten Handel gibt es keine Antwort", kritisiert der Verbraucherschutzpolitische Sprecher der GRÜNEN, Martin Häusling und weist darauf hin, dass allein 2005 15 000 Tonnen Fleisch und Wurst nach Hessen eingeführt wurden.

Als "elementar" sehen DIE GRÜNEN ein transparentes Dokumentationssystem für den Großhandel an. "Nach dem BSE-Skandal hat die damalige Verbraucherschutzministerin Künast für ein lückenloses Kontrollsystem in der Landwirtschaft gesorgt, das von der Betriebsdokumentation bis zu einer bundesweiten Datenbank der Rinder reicht. Im Fleischgroßhandel aber gibt es kein transparentes Dokumentationssystem. Die hessischen Fleischkontrolleure wussten nicht, um welches Fleisch es sich handelte, das sie aus dem Verkehr zogen. Auch hier muss es mehr Transparenz und einen lückenlosen Kontrolldruck geben."

DIE GRÜNEN fordern die Umsetzung des folgenden 10-Punkte-Katalogs für mehr Verbraucherschutz in Hessen:

1. Einführung des Überwachungs- und Transparenzprinzips nach dänischem Muster. Die Kontrollergebnisse werden veröffentlicht und die nicht beanstandeten Unternehmen, Läden und Gaststätten mit einem Symbol gekennzeichnet.
2. Die Kontrolldichte wird so erhöht, dass jeder Betrieb mindestens einmal im Jahr kontrolliert wird.
3. Die Kommunalisierung der Lebensmittelkontrolle wird zurückgenommen, und es werden einheitliche Standards in Hessen eingeführt.
4. Die Schwerpunkte der Kontrollen werden auf die Regionen konzentriert, in der die großen Handelsunternehmen sitzen. Es wird nicht mehr nach der Einwohnerzahl vorgegangen.
5. Für den Bereich des Groß- und Zwischenhandels sowie für Lager und Kühlhäuser werden dauerhafte Sonderteams eingerichtet.
6. Das Kontroll- und Dokumentationssystem für den Groß- und Zwischenhandel wird verbessert.
7. Bessere Ausbildung der Lebensmittelkontrolleure und zusätzliches Personal
8. Bessere technische Ausstattung für Vorortkontrollen und zusätzliche Laborkapazitäten
9. Einführung von Gebühren für die Lebensmittelkontrolle bei Groß- und Verarbeitungsbetrieben und Gebühren für alle Betriebe im Falle von Nachkontrollen,
10. Einrichtung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften

"Als Sofortmaßnahme fordern wir Ministerpräsident Koch und Minister Dietzel auf, am Freitag im Bundesrat dem Verbraucherdesinformationsgesetz nicht zuzustimmen. Es muss so geändert werden, dass die schwarzen Schafe mit der Veröffentlichung ihres Namens rechnen müssen. Das Haftungsgesetz muss so novelliert werden, das die Unternehmen mit Sanktionen rechnen müssen und nicht die Mitarbeiter. Zudem muss es umsatzorientierte Bußgelder sowie bundeseinheitliche Kontrollstandards und eine Kontrolle der Kontrolle geben", fordert Martin Häusling.

Pressestelle der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Hessischen Landtag - Pressesprecherin: Elke Cezanne

Schlossplatz 1-3; 65183 Wiesbaden
Fon: 0611/350597;Fax: 0611/350601
Mail: gruene@ltg.hessen.de
Web: <http://www.gruene-hessen.de>